

**Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Kultur und Medien  
19. Wahlperiode**

Deutscher Bundestag

Ausschuss für  
Kultur u. Medien

Ausschussdrucksache

**19(22)94**

24.09.2019

**ÄNDERUNGSANTRAG**

**der Abgeordneten Erhard Grundl, Tabea Rößner, Margit Stumpp und Kirsten Kappert-Gonther und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN**

**zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)“ (BT-Drucksache 19/11800)**

**Einzelplan 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**

zur Schaffung eines neuen Titels „**Green Culture Fonds**“

**Kapitel:** 0452 – Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Titelgruppe:** 01 – Allgemeine kulturelle Angelegenheiten

**Titel:** neuer Titel „Green Culture Fonds“

**Ansatz im  
Haushaltsentwurf 2020: /**

**Antrag:** Im Kapitel 0452 soll ein neuer Titel eingestellt und **mit 340 T €** für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie zum Thema „zukunftsfähige Kulturproduktion“ ausgestattet werden. Der Titel soll anschließend zu einem „Green Culture Fonds“ aufgestockt werden.

**Begründung:**

Die Klimaziele zu erreichen ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Daher sieht sich auch die Kulturszene in der Verantwortung. Seit Jahren engagiert sie sich eigeninitiativ mit verschiedenen Projekten wie bspw. mit der „Green Music Initiative“, mit Themenabenden zur zukunftsfähigen Kulturproduktion und der aktiven Umsetzung energetischer Maßnahmen in den Häusern.

Die Bundesregierung hat bisher nur einzelne Projekte und Kultursparten in den Blick genommen, unter anderem Maßnahmen zum „Grünen Film“, wie bereits lange von der Grünen Bundestagsfraktion gefordert. Dies ergaben die Antworten unserer

schriftlichen Frage zu bereits durchgeführten und geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur nachhaltigen Kulturproduktion (8/486, 06.09.2019).

Das aber ist nicht ausreichend. Wir fordern die Bundesregierung mit diesem Antrag auf, sich umfassend dem Thema Nachhaltigkeit in allen Sparten zu widmen. Für den Kulturbereich ist zur Festlegung von Förderzielen und Maßnahmen im ersten Schritt das Erstellen einer Machbarkeitsstudie gefragt, auf deren Grundlage die Transformation der vom Bund geförderten Einrichtungen, hin zu einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Kulturproduktionslandschaft erfolgen kann.

Wir fordern die Bundesregierung mit den hier veranschlagten Mitteln auf, in einem ersten Schritt eine Vorskizze/Konzeption für eine Machbarkeitsstudie zur nachhaltigen Kulturproduktion an öffentlichen geförderten Kultureinrichtungen an ca. 5-8 Institutionen in Auftrag zu geben. Aktuell bereits laufende Aktivitäten in diesen Bereich sollen mit einbezogen werden. Die vorgelegten Skizzen sollen selbstverständlichen vergütet werden. Aus den vorgelegten Konzeptionen soll eine passgenaue Ausschreibung für eine umfassende Machbarkeitsstudie erstellt werden.

In einem zweiten Schritt soll ein Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden, aus der hervorgeht, wie öffentlich finanzierten Kulturhäuser ökologisch zukunftsfähig arbeiten können. Geprüft werden sollen konkrete Maßnahmen zur energetischen Modernisierung (Umstellung auf Ökostrom, Lampentausch, Heizungssanierungen, investive Maßnahmen zur Einsparung von Energie etc.). Unter anderem soll die Studie folgende Fragen beantworten können: Wann amortisieren sich welche Maßnahmen? Welche Aktivitäten gibt es im europäischen Ausland? Wie kann die Kulturproduktion nachhaltig gestaltet werden, ohne, dass die Kulturschaffenden zusätzlich mit Bürokratie etc. belastet werden? Wie kann der Bund Vorbild sein für Länder und Kommunen?

Denn für uns steht fest: Kulturpolitik muss auch Klimapolitik sein. Dies bedeutet für uns im Wesentlichen klimagerechte Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur und Veranstaltungen. Unser Ziel ist, dass öffentlich geförderte Kultureinrichtungen und Veranstaltungen klimaneutral sind. Hierzu soll die Machbarkeitsstudie Kriterien entwickeln u.a. für die kostenfreie Anreise mit dem ÖPNV, ausreichend Fahrradstellplätze, vegane Essensmöglichkeiten und Verzicht auf Einwegplastik.

Langfristig soll dieser Titel zu einem „Green Culture Fonds“ ausgebaut werden, der als zentrale Anlaufstelle Stelle, Kultureinrichtungen und -schaffende mit Expertise, Beratung, Forschung und finanziellen Mitteln unterstützt, so dass diese ihre Kunst ohne großen ökologischen Fußabdruck zu praktizieren.

Berlin, den 25. September 2019